Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 73 (1982)

Heft: 18

Rubrik: Pressespiegel = Reflets de presse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Pressespiegel - Reflets de presse

Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion.

Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

Mehr Wasserkraft?

mrs. - Wie eine Untersuchung des Schweizerischen Wasserwirtschaftsverbands zeigt, erbrächte ein weiterer Ausbau der Wasserkraftanlagen bis ins Jahr 2000 rund drei Milliarden Kilowattstunden pro Jahr, d. h. etwa die Hälfte der Stromproduktion eines Kernkraftwerks in der Grösse von Gösgen. In den nächsten 18 Jahren könnten mit dieser Mehrproduktion drei jährliche Zuwachsraten in der Höhe von je 2,5 Prozent aufgefangen werden. Aus diesem Grund befürwortet der Schweizerische Wasserwirtschaftsverband den weiteren Ausbau der Wasserkräfte und der bestehenden Wasserkraftwerke. Er stellt indessen fest, dass sich unsere künftigen Energieprobleme damit allein nicht lösen lassen.

Lohnt sich also ein weiterer Ausbau, wenn man die Schäden an Natur und Umwelt mitberücksichtigt? Das Problem stellt sich konkret in unserer Region mit dem projektierten Ausbau der Anlagen in Wynau. Die Gegner machen geltend, dass der Aufwand und die negativen Auswirkungen im Vergleich zur Mehrproduktion zu hoch sind, während die Befürworter auf die Bedeutung einer eigenen Energieversorgung hinweisen, die auch für Teile des Gäus wichtig ist.

Auf schweizerischer und internationaler Ebene mündet der Widerstand in die Forderung aus, das Energieproblem mit Sparen und Nullwachstum der Wirtschaft zu lösen. Diese Forderung leidet indessen an einem inneren Widerspruch, denn gleichzeitig werden (oft in den gleichen Kreisen) Rufe nach mehr Wohnungen und Arbeitsplätzen laut, um Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit möglichst rasch zu beseitigen. Das eine ist aber ohne das andere nicht möglich, d. h. für mehr Wohnungen und Arbeitsplätze brauchen wir weit mehr Energie, als auch der Vollausbau unserer Wasserkräfte erbrächte.

Konsequent sind nur jene konservativen Umweltschützer, die auch auf den Ausbau des sozialen und wirtschaftlichen Umfeldes verzichten wollen. Meistens leben diese Leute aber in materiell abgesicherten Verhältnissen oder haben sich dem alternativen Landbau in abgelegenen Regionen zugewandt - sie sind folglich für die überwiegende Mehrheit unseres Volkes kaum repräsentativ. Auch ein konsequenter Umweltschutz braucht bekanntlich Energie, ganz abgesehen vom Aufbau einer Umweltschutz- und Sparwirtschaft. Damit könnten zwar neue und interessante Arbeitsplätze geschaffen werden, doch der Energieverbrauch gehört auch zu dieser Form von Wirtschaft.

Man kann das Problem drehen und wenden wie man will: wir kommen nicht aus dem Teufelskreis heraus und müssen folglich nach mehreren Lösungsmöglichkeiten greifen, um überhaupt vorwärtszukommen. Ob in diesem Rahmen der Ausbau der Wasserkraft wünschenswert ist, wird folglich zur reinen Ermessensfrage. Ein halbes Kernkraftwerk weniger ist ein Vorteil, der namentlich in den Kreisen der Gegner schwer ins Gewicht fallen müsste. Gleichzeitig meldet sich aber gerade von dorther der stärkste Widerstand. Dazu kommt die Tatsache, dass auch eine bloss leichte Erholung der Weltwirtschaft den Ölverbrauch wieder in die Höhe schnellen liesse, wenn keine anderen Energiequellen greifbar sind.

Fazit: Mit halben Massnahmen und Widersprüchen ist uns nicht geholfen. *«Oltner Tagblatt», Olten, 30. Juli 1982*

Kühlturm reduziert sauren Regen

Wasserdampf bindet Schwefelsäure

(-) Die Mitteilung aus Gösgen-Däniken lautet: In den letzten Monaten wurde in der Presse wiederholt über den Niedergang von saurem Regen, der eine Folge des Ausstosses von Schwefeloxid und Stickoxiden ist, berichtet. Die spektakulärste Folge ist dann das Forellensterben in skandinavischen Seen und, wie kürzlich zu erfahren war, in gewissen Seen des Tessins. In der Schweiz werden zwar - verglichen mit dem Ausland - weniger Schadstoffe in die Atmosphäre abgegeben. Aber auch uns drohen wegen ihrer Verfrachtung über grosse Distanzen zunehmend Niederschläge von saurem Regen. Welches Ausmass die Luftverschmutzung, die wir kaum zur Kenntnis nehmen, angenommen hat, zeigt sich seltsamerweise beim Kühlturmbetrieb des Kernkraftwerkes Gösgen. Das für den Kühlturmbetrieb benötigte Wasser ist, so wie es dem Oberwasserkanal der Aare entnommen wird, für den Betrieb des Kühlturms ungeeignet. Die hohe Wasserhärte, die sich übrigens auch im privaten Haushalt zum Beispiel durch Kesselsteinbildung im Boiler unangenehm bemerkbar macht, würde nämlich zu Verkrustungen im Kühlturm und zu Schäden an den Kondensatoren der Dampfturbine führen. Die Wasserhärte muss also vermindert, d.h. das Wasser muss weichgemacht werden. Phosphate, wie sie in den Haushaltwaschmitteln enthalten sind, wären zwar sehr wirksam. Aus gewässerschutztechnischen Gründen kommen sie aber für Gösgen nicht in Frage, da sie das Algenwachstum, die sogenannte Eutrophierung, in der Aare und ihren Stauseen fördern würden.

Wie wird das Aarewasser weichgemacht?

Dazu verwenden wir ein uraltes Verfahren, wobei die Härtebilder mittels Kalkmilch niedergeschlagen und abgetrennt werden. Da das Wasser nach diesem Vorgang alkalischer ist, als es die Gewässerschutzvorschriften zulassen, müssen wir Schwefelsäure zusetzen. Dabei entsteht in geringen Mengen Kalziumsulfat, besser bekannt als Gips. Die Mengen sind so gering, dass der Gips, den wir alle als «wasserunlösliches» Baumaterial kennen, in Lösung bleibt. Wäre dies nicht der Fall, so wäre der Teufel (Kesselstein) mit dem Beelzebub (Gips) ausgetrieben worden. Die Schwefelsäure wird übrigens bei diesem Prozess vollständig umgewandelt.

Wo steckt nun der Reinigungsprozess?

Wie geschildert, muss Schwefelsäure zugesetzt werden, um die Alkalität des Kühlturmwassers einzustellen. Während des Jahres stellen wir nun fest, dass der monatliche Schwefelsäurezusatz zwischen 6 und 8 Tonnen liegt. Dies ist im Frühjahr, Sommer und Herbst der Fall. Schlägt König Winter aber hart zu, dann sinkt unser Schwefelsäureverbrauch drastisch. Da der chemische Prozess normal weiterläuft, muss die Säure anderswo herkommen. Weil ihr Verbrauch von 6 bis 8 Tonnen pro Monat bis auf 0 Tonnen zurückgehen kann (z.B Februar 1981), muss die Säuremenge unbekannter Herkunft etwa 6 Tonnen pro Monat ausmachen.

Ölheizungen spenden freiwillig 6 Tonnen Schwefelsäure

Die Lösung des Rätsels ist relativ einfach. Auch das beste und leichteste Heizöl enthält immer noch eine minimale Restmenge Schwefel. Dieser Schwefel verbrennt mit, wobei Schwefeloxide entstehen. Diese wiederum bilden mit Wasser die schweflige Säure bzw. Schwefelsäure. Da der Kühlturm kräftige Lungen hat - er atmet zirka 25 000 Kubikmeter Luft pro Sekunde - und die angesaugte, säurehaltige Luft intensiv mit alkalischem Wasser «gewaschen» wird, geht die Säure in das Wasser über. So ist es ein leichtes zu erraten, wo ein Teil der sechs winterlichen Tonnen Säure herkommt. Es ist ein erfreulicher Effekt, dass der Betrieb des Kühlturms zwangsläufig dazu führt, dass der Säuregehalt der Luft reduziert wird. Pro Winter dürften der Umgebungsluft auf diese Art mindestens 20 Tonnen Schwefelsäure entzogen werden.

«Aargauer Tagblatt», Aarau, 18. August 1982

Vorbildliche Konsumenteninformation

scr. Mehr als andere Elektrizitätsgesellschaften fühlt sich die *Elektra Birseck* angespornt, gelegentlich unkonventionelle Wege zu gehen und dabei insbesondere den Dialog mit ihren Strombezügern zu suchen. Diese Offenheit hängt wohl auch ein wenig damit zusammen, dass die Elektra Birseck vor allem die *Agglomeration Basel* im Süden der Stadt versorgt und somit in einer Region tätig ist, wo das Verhältnis der Bevölkerung zur Elektrizität wegen der heftigen Opposition gegen ein *Kernkraftwerk in Kaiseraugst* nicht mehr ganz problemlos ist.

In dieser Situation hat sich die Elektra Birseck nicht nur zu Versuchen mit den vor allem von KKW-Gegnern geforderten *Blockheizkraftwerken* in der originellen, den Strombezüger engagierenden Form des «Thermoleasing» entschlossen; sie hat sich auch in der *Konsumenteninformation* etwas Neues einfallen lassen. Im Laufe des letzten Winters erhielten rund *50 000 Kleinbezüger* aus Haushalt und Gewerbe eine Mitteilung ihres EW, der sie entnehmen konnten, wie sich ihr persönlicher Verbrauch im Rechnungsjahr 1981 in kWh und Prozenten, Hochtarif und Niedertarif, im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahreswerten verändert hatte. Der aufgedruckte Kommentar dazu lautete: «Gesparter Strom ist der billigste Strom! Jetzt haben Sie es leichter, Ihren Stromverbrauch selber zu prüfen, zu vergleichen, zu bestimmen ... von Jahr zu Jahr.»

Über die Gedanken, die zu dieser neuen Dienstleistung geführt haben, informiert die Elektra Birseck in der Zeitschrift «Elektrizitätsverwertung». Landesweit ermittelte Zuwachsprozente im Stromverbrauch hätten, so liest man, wenig Einfluss auf das persönliche Konsumverhalten. Es falle dem Verbraucher schwer, sich betroffen zu fühlen, da er nicht wisse, inwiefern er allenfalls selber am Mehrkonsum beteiligt war. Zudem sei jedermann überzeugt, selber die elektrische Energie *sinnvoll und sparsam* zu verwenden. «Die fehlende Kontrolle über den eigenen Energieverbrauch macht es dem Einzelnen leicht, die Schuld an der Verschwendung anderen anzulasten, dem Nachbarn, den Warenhäusern, den Banken und Versicherungen, der Industrie usw.»

Nach ihren Darlegungen geht die Elektra Birseck von der (eher optimistischen) Annahme aus, dass in der Bevölkerung der *gute Wille* zum Energiesparen vorhanden ist. Damit nun möglichst viele Kunden die löbliche Absicht in Taten umsetzen, will ihnen das Versorgungsunternehmen unter die Arme greifen, indem es ihnen aus der Fülle der *ohnehin vorhandenen Daten* die nützlichen Angaben aussondert und mitteilt.

Das *Echo* auf die neue Dienstleistung war laut Elektra Birseck ausgesprochen *positiv*, zunächst in der nordwestschweizerischen Presse und in den Regionalsendungen von Fernsehen und Radio, dann auch in Fachzeitschriften. Behörden, Konsumentenorganisationen und energiepolitisch aktive Gruppierungen drückten ihre Anerkennung aus, und manche *Mitteilungsempfänger* meldeten sich telefonisch oder schriftlich, nicht selten mit Fragen, gelegentlich aber auch, um ihren persönlichen Mehrverbrauch zu rechtfertigen. In einigen Fällen konnten Mängel in der Hausinstallation oder bei elektrischen Geräten aufgedeckt und beseitigt werden.

Trotz dem anscheinend fast einhelligen – und berechtigten – Lob macht man sich bei der Elektra Birseck keine Illusionen: Aussagen über die materiellen Auswirkungen des Projektes sind *erst nach einem zweiten Durchlauf* möglich. Dieses Beispiel zeitgemässer Kundeninformation wäre jedoch selbst dann sinnvoll, wenn der erwünschte Spareffekt zu wünschen übrigliesse; es bliebe nämlich immer noch der Beitrag zu einer auf *Fakten* beruhenden Meinungsbildung.

«Neue Zürcher Zeitung», Zürich, 19. August 1982

«Kaiseraugst ne suffira pas»

Manière de voir «indéfendable», conduisant à des résultats «irréalistes», risque de courir au-devant d'une pénurie considérable, «ce qui serait irresponsable, vu les conséquences pour l'ensemble de l'économie suisse» ... L'Union des centrales suisses d'électricité ne mâche pas ses mots dans une prise de position qu'elle adresse à une commission du Conseil des Etats. Dans son collimateur: le Conseil fédéral. Si ce dernier a eu raison d'admettre que le besoin d'une nouvelle centrale se ferait sentir d'ici à la fin des années huitante, il aurait grandement tort de remettre à un avenir lointain la décision sur une deuxième centrale après Leibstadt.

La commission des Etats se réunira les 16 et 17 août prochains pour discuter de l'épineuse question de la preuve du besoin pour la centrale nucléaire de Kaiseraugst. Si les Chambres fédérales estiment qu'il y a réellement besoin d'une nouvelle centrale, elles devront donner le «feu vert» à la construction de la centrale de Kaiseraugst, et voteront un arrêté qui n'est pas soumis au référendum.

Hâter les choses

L'UCS entend faire comprendre aux quinze commissaires – dont une seule Romande, la Genevoise Monique Bauer – que l'on doit d'ores et déjà partir de l'idée que c'est de deux centrales que l'on aura besoin avant l'an 2000 et que le gouvernement serait bien inspiré de hâter les choses en ce qui concerne l'approbation d'un deuxième projet puisqu'une telle réalisation exige douze ans. Son argumentation tient en un mot: sous-estimations. Le Conseil fédéral, pour la décennie des années huitante, a grosso modo adopté le même point de vue en admettant que Kaiseraugst fera face à un manque de 900 à 2400 GWh.

L'UCS est d'avis que le gouvernement se trompe lourdement pour ce qui est des dix années suivantes: il sous-estimerait l'évolution économique et la substitution du pétrole, il accorderait trop d'importance aux économies à réaliser et aux effets de la production des centrales d'accumulation et installations thermiques classiques.

Et pourtant, en dépit de cette approche optimiste, dit l'UCS, le Conseil fédéral conclut à une insuffisance d'approvisionnement de 3200 à 5700 GWh (1 GWh correspond à un million de kWh), soit à un manque de puissance de 800 à 1400 MW (c'est-à-dire la taille d'une centrale nucléaire).

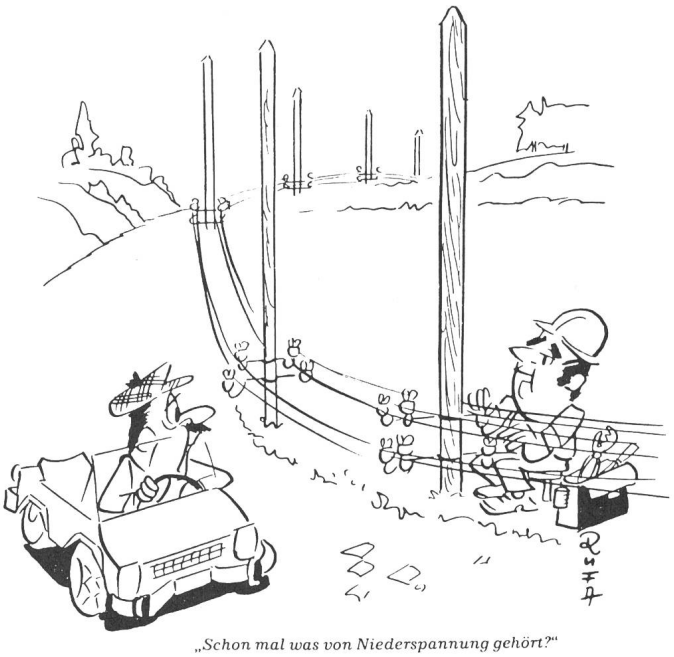
Irresponsable

Parlant des estimations du gouvernement, les électriciens constatent que la différence totale «atteint un ordre de grandeur dépassant largement la production d'une deuxième nouvelle centrale nucléaire en période d'hiver. Adopter le concept du Conseil fédéral signifie prendre le risque de devoir faire face à une insuffisance d'approvisionnement considérable, de l'ordre de 5000 à 8000 GWh durant les années nonante, ce qui, au vu des conséquences pour l'ensemble de l'économie nationale, serait irresponsable».

Le président du Forum suisse de l'énergie, Alphonse Egli, a déjà déclaré que deux centrales nucléaires de 1000 MW seront nécessaires et non pas une. Or, Alphonse Egli est aussi député aux Etats et membre de la commission directement interpellée. Avec d'autres collègues – les Argoviens Binder et Letsch, l'Appenzellois Baumberger (ex-président du Forum), le Tessinois Generali, et nous en passons – il ne devrait guère rester insensible aux arguments de l'UCS. La tâche des adversaires de toute nouvelle centrale quelle qu'elle soit ne sera pas facile.

Jean Ryniker

«24 Heures», Lausanne le 5 août 1982



„Schon mal was von Niederspannung gehört?"

«ZfK Zeitung für kommunale Wirtschaft», München, Nr. 7/82, Juli 1982

Nucléaire: vaincre les appréhensions

Le débat, non-violent cette fois, espérons-le, sur la production d'énergie électrique dans les centrales nucléaires va reprendre chez nous.

Les Chambres fédérales ont reçu, il y a un peu plus de six mois, un message du Conseil fédéral; elles devront se prononcer au cours des années à venir sur l'autorisation générale présentée par la Centrale nucléaire de Kaiseraugst (CNK), réalisation dont on parle depuis plus de quinze ans! Et puis il faudra traiter les nouvelles initiatives populaires déposées en 1981.

Une fois de plus, au-delà des contingences qui sont propres à Kaiseraugst, on parlera donc du problème de fond: oui ou non à l'énergie nucléaire?

En fait, cette question de principe est déjà tranchée: près du 30% du courant électrique produit dans notre pays provient de la fission de l'atome. Il ne viendrait pas à l'idée d'arrêter aujourd'hui l'exploitation des quatre usines qui fonctionnent déjà, à savoir Mühleberg, Beznau I, Beznau II et Gösgen.

Les esprits se divisent en revanche sur la construction d'usines nouvelles.

Les adversaires, on le sait, disent catégoriquement non. Nous n'avons pas besoin de nouvelles unités de production dès l'instant où l'usine de Leibstadt (Argovie) sera mise en service en 1984 produisant 942 mégawatts. Portons l'accent, disent nos écologistes, sur les économies d'énergie et la recherche dans le domaine des énergies dites alternatives. Et puis surtout, mettons un terme à une croissance économique continue qui va nous perdre. D'ailleurs, ajoutent-ils, argument péremptoire, on n'a pas encore trouvé la solution pour l'entreposage définitif des déchets nucléaires.

D'autres, sans exclure le nucléaire, misent sur le charbon. La ville de Bâle, par exemple, étudie sérieusement, en se basant sur des expériences allemandes, des projets de centrales thermiques fonctionnant au charbon, dont les réserves sont immenses. Le problème à résoudre, on le présume, est l'élimination des nuisances.

Dans les milieux officiels, en revanche, chez les responsables de l'approvisionnement du pays en énergie électrique, ceux qui seront en définitive critiqués si nous devions un jour manquer de courant, on est plus réaliste. Plus de la moitié des gouvernements cantonaux – plusieurs ne s'étant pas prononcés – le Conseil fédéral, la commission pour la conception globale de l'énergie sont de l'avis que le «besoin existe» et que la Suisse ne s'en sortira pas sans un certain nombre de nouvelles centrales nucléaires. Leur argumentation est solide: la consommation d'électricité augmente régulièrement de 3% par an en chiffres ronds; on ne saurait la freiner sans mesures dirigistes dont le peuple ne veut pas. La prospérité d'un pays dépend pour une large part de la quantité d'énergie dont il dispose et enfin nous ne sommes jamais sûrs de notre approvisionnement en pétrole. Il ne saurait donc être question de bloquer l'évolution normale, d'empêcher la construction de nouvelles usines et d'abandonner une technique de production qui, à ce jour, a donné entière satisfaction.

Le dossier Kaiseraugst mérite un commentaire particulier, car c'est effectivement un cas spécial. Ce dossier est grevé de deux hypothèques sérieuses: l'hostilité d'abord des gouvernements de Bâle-Ville et de Bâle-Campagne fondée sur une volonté clairement exprimée par la population sensibilisée par la concentration dans la région de plusieurs centrales nucléaires, alors que le canton d'Argovie, en revanche, sur le territoire duquel se construirait pourtant l'usine de Kaiseraugst, a donné le feu vert. Autre obstacle, le fait que le site prévu se trouve dans une zone habitée. En tout état de cause, la décision parlementaire sur le cas Kaiseraugst, si elle devait être négative, ne pourrait être considérée comme déterminante et valable pour l'ensemble du pays.

Si nous revenons maintenant au problème de fond, il nous paraît que nous sommes placés devant le dilemne suivant: il est vrai que le système actuel de production d'énergie nucléaire présente encore quelques dangers, l'entreposage des déchets nucléaires n'étant pas encore réglé à satisfaction. Mais nous ne sommes pour le moment qu'à une étape d'un processus scientifique, processus susceptible de perfectionnement. Déjà, les savants sont en quête de nouvelles techniques dites propres, basées entre autres sur la fusion thermonucléaire. Une décision aujourd'hui de bloquer la production nucléaire dans notre pays, et du même coup la recherche dans ce domaine, aurait des conséquences fâcheuses. Elle mettrait la Suisse en état d'infériorité. Notre pays courrait le risque de prendre un retard considérable dans un domaine vital pour l'avenir et de manquer un virage capital. C'est pourquoi nous devrions aujourd'hui vaincre les appréhensions que l'on pourrait avoir, si nous voulons aborder l'étape suivante en bonne position et parler du nucléaire sans passion, comme le souhaitent la plupart des scientifiques.

R. Vernaz

«La Nouvelle Revue de Lausanne», le 18 août 1982, Lausanne

Remis aux calendes grecques

Le Conseil fédéral a pris connaissance mercredi du rejet très net, lors de la procédure de consultation, de l'avant-projet de loi sur la protection contre les radiations et l'utilisation de l'énergie atomique. La plupart des organes consultés ont en effet estimé que plusieurs dispositions contenus dans l'avant-projet sont de nature à empêcher la construction de toute nouvelle centrale nucléaire.

Il ne sera dès lors pas possible de faire entrer en vigueur une loi sur l'énergie atomique totalement révisée le 1er janvier 1984. Le Conseil fédéral propose en conséquence au Parlement de prolonger, sans modifications, la législation actuelle jusqu'au 31 décembre 1990.

La majorité des organismes consultés ne s'est pas prononcée sur le détail des articles prévus, rejetant l'avant-projet en bloc et demandant sa refonte complète. L'argument principal de ces opposants est que l'avant-projet de loi est en contradiction avec la politique du Conseil fédéral selon laquelle l'utilisation modérée de l'énergie nucléaire est nécessaire pour la Suisse, en particulier pour réduire sa dépendance unilatérale à l'égard du pétrole. La majorité des cantons et certaines associations se sont également élevées contre le fait que le Conseil fédéral et le Département fédéral concerné n'aient pas pris position sur cet avant-projet: la procédure de consultation s'en trouve dévalorisée disent les cantons et les associations.

Distinguer protection et utilisation

La consultation a d'autre part fait apparaître un large consensus en faveur d'une réglementation distincte de la protection contre les radiations et de l'utilisation de l'énergie nucléaire. Les partisans de cette séparation font valoir deux arguments.

Premièrement, l'objectif de la protection contre les radiations ne peut pas être le même en médecine et dans la production d'électricité. En médecine, les rayons ionisants sont en effet utilisés délibérément, à des fins thérapeutiques et de diagnostic. En revanche, ces mêmes radiations constituent des rejets inévitables dans les centrales nucléaires, et il importe d'en éviter les effets nocifs.

Deuxièmement, les partisans d'une loi spécifique sur la protection contre les radiations sont d'avis que cette réglementation ne peut pas attendre; or la révision de l'ensemble de la loi sur l'énergie atomique va encore prendre plusieurs années. (ats)

«Tribune de Lausanne/Le Matin», Lausanne, le 26 août 1982